Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1925

22.8.1925 (No. 193)

Visual Library

№ 193 Samstag, den 22. August 1925 168. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. V.: C. A. Seyfried Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Zum Problem der Preise

Besprechungen zwischen Reichsregierung und Wirtschaftsverbänden

Reichskanzler Dr. **Luther** hat kürzlich für das Inkrafttreten der Zollvorlage ein allgemeines Preissenkungsprogramm der Regierung und Verhandlungen mit den Wirtschaftsverbänden angekündigt, die nun begonnen haben. Am Freitag fand eine solche Erörterung mit Vertretern der Industrie im Gebäude des Reichswirtschaftsrates zu Berlin statt. Der **Reichsverband der deutschen Industrie** gibt darüber folgenden offiziellen **Bericht** aus:

„Am Freitag, den 21. August, fand in Berlin eine gemeinsame Tagung des Vorstandes des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des Vorstandes der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände statt. An dieser Tagung nahmen auch **Vertreter fast aller Reichsministerien**, einiger Landesregierungen sowie der Reichseisenbahnverwaltung und des Reichsbankdirektoriums teil. Anlaß zu dieser Tagung boten die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers vom 8. August im Reichstag bei Verabschiedung der Zollvorlage. In diesen Ausführungen hatte der Reichskanzler dargelegt, daß die Regierung alles tun werde, um eine ungünstige Entwicklung der Preisgestaltung zu verhindern und daß er bei diesen Bestrebungen der Regierung auf die **loyale Mitarbeit der Spitzenverbände** der Wirtschaft rechne. Das Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie Rechtsanwalt **Lammers**, M. d. R., erstattete Bericht. Seine Darlegungen erstreckten sich im wesentlichen auf die wirtschaftspolitischen Erwägungen, die bei Behandlung der in der letzten Reichstagssitzung verabschiedeten großen Gesetze Bedeutung gewesen sind. Sie wurden ergänzt durch das geschäftsführende Präsidialmitglied Geheimrat **Kastl**. Staatssekretär **Trendelenburg** begründete die Forderungen der Reichsregierung, wie sie sich aus der Kanzlerrede vom 8. August ergaben. Im Zusammenhang mit dem Gegenstande der Erörterung legte ein Vertreter der Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahngesellschaft die wirtschaftliche und finanzielle Lage der **Reichsbahn** dar. Die anschließende lebhafte Aussprache führte zu folgendem Ergebnis:

„Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände erklären sich bereit, mit allen Kräften die Wünsche der Reichsregierung hinsichtlich der Preisgestaltung zu unterstützen. Sie halten es für erforderlich, daß die **Ermäßigung der Umsatzsteuer vom** 1. Oktober auf 1 Prozent in vollem Umfang in der Preisfeststellung auf allen Stufen der Gütererzeugung und der Güterverteilung **zum Ausdruck kommt**. Sie erwarten deshalb, daß die ihnen angeschlossenen Unternehmungen bei der Preiskalkulation dementsprechend verfahren. Auf dem Gebiete des **Kartellwesens** vertreten die Spitzenverbände der Industrie die Ansicht, daß unter der Voraussetzung einer gesunden und verantwortlichen Kartellpolitik Kartelle notwendig sind. Die gegenwärtige Lage verlangt von den Kartellen in besonderem Maße eine **Anpassung** ihrer Maßnahmen an die Erfordernisse der Gesamtwirtschaft. Überspannungen und Mißbrauch des Kartellwesens können unter keinen Umständen eine Stützung durch die Spitzenorganisationen der Industrie finden. Diese sind deshalb bereit, eine **gründliche Durchprüfung der Grundlagen der Kartelle** vorzunehmen und in Verbindung mit der Regierung ungesunde Erscheinungen auf dem Gebiete des Kartellwesens zu beseitigen. Die Spitzenverbände weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die von der Öffentlichkeit vielfach beklagten Erscheinungen weit weniger durch die Industriekartelle als durch die nicht kontrollierbaren freien Abreden und kartellähnlichen Abmachungen auf allen Gebieten des gewerblichen Lebens hervorgerufen werden. Die genannten Spitzenverbände sehen die Möglichkeit des von der Regierung erstrebten Erfolges nur dann, wenn auch die übrigen Berufsstände und die öffentlichen Betriebe sich dem Schritt der Industrie anschließen. Die **Verringerung der Preisspanne** vom Erzeuger bis zum Verbraucher muß erreicht werden. Eine allgemeine **Lohnsteigerung** würde jeden Versuch eines Preisabbaus von vornherein zum Scheitern verurteilen. Die Erkenntnis muß Allgemeingut werden, daß eine **Steigerung des Reallohnes durch Produktionsverbilligung und Preissenkung** wertvoller ist als weitere nominielle Lohnerhöhungen. In Reich, Ländern und Gemeinden sowie bei allen Privaten muß endlich die **Sparsamkeit** einkehren, die die heutige Lage Deutschlands erfordert."

*

Die Fleischteuerung. Zwischen dem Reichsverband der vaterländischen Arbeitervereine, dem Reichsbund der deutschen Angestelltenberufsverbände und der wirtschaftspolitischen Abteilung des Reichslandbundes wurde am Freitag in **Berlin** eine Besprechung über die Ursachen der Fleischteuerung abgehalten. Nach einer lebhaften Aussprache waren die Versammelten darüber einig, daß die Ursachen der Teuerung nicht in übermäßiger Steigerung der Erzeugerpreise, sondern in der übergroßen Spanne zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreise zu suchen sei. Es wird die schleunige Abstellung dieses Mißstandes gefordert.

Staatssekretär z. D. Hirsch gegen den Wirtschaftspessimismus

Der Deutsche Verkehrsbund, in dem eine Reihe das Verkehrsgewerbe erfassender **Gewerkschaften** zusammengeschlossen ist, hielt seine 12. Jahrestagung in **München** unter Beteiligung von Behörden und ausländischen Gästen ab. Dabei hielt Staatssekretär z. D. Prof. **Hirsch** einen Vortrag über „Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsdemokratie".

Er wandte sich gegen den übertriebenen deutschen **Wirtschaftspessimismus**. Die bereits eingetretenen und bestimmt noch in größerer Zahl zu erwartenden Zusammenbrüche seien eine durchaus notwendige und heilsame Wirtschaftsbereinigung nach der Inflation. Die **Grundlagen** der deutschen Wirtschaft seien aber **durchaus gesund**. Während eine Denkschrift der Arbeitgeberverbände behauptet, daß Produktion und Güterumsatz der deutschen Wirtschaft im ganzen genommen nur 70 Proz. des Vorkriegsstandes betragen, führe die halbamtliche Reichskreditgesellschaft in ihrem Halbjahresbericht aus, daß die deutsche Produktion im ersten Halbjahr 1925 den **Vorkriegsstand wieder etwa erreicht habe**. In der Inflationszeit habe zwar eine unerhörte Wertverschiebung, aber doch keine so große Wertvernichtung in der Wirtschaft stattgefunden. Es habe vielmehr in unserem Eisenbahnwesen, unserer Schiffahrt und unserer Industrie mitten im allgemeinen Volksunglück ein sehr bedeutender Wiederaufbau stattgefunden. Die Behauptung, daß die Produktion nur 70 Prozent des Vorkriegsstandes betrage, stimme für die ganze **Landwirtschaft** gewiß nicht, und auch bei der Industrie könne man nur an einigen Stellen dergleichen herausrechnen, wenn man das Jahr 1913, ein Jahr der stärksten Hochkonjunktur, mit dem Jahre 1924 vergleiche, das mit ungefähr zwei Millionen Arbeitslosen und fortdauernder Hemmung der deutschen Wirtschaft an der Ruhr begann und sich nur ganz langsam besserte. Vergleicht man aber selbst das Jahr 1924 mit dem Jahrfünft von Ausbruch des Weltkrieges 1909/13, so zeigt in den bei Deutschland gebliebenen Gebieten die Produktion der Steinkohle rund 98 Prozent der Vorkriegszeit, Braunkohle gar 166 Prozent, Koks 91 Prozent, Stahl 99 Prozent und Walzwerkerzeugnisse rund 107 Prozent.

Ebensowenig wie an der Minderproduktion lägen die deutschen Wirtschaftsschwierigkeiten an der Höhe der **Löhne**, bei denen man die Goldentwertung, die die Kaufkraft desselben Nominallohnes auf beinahe zwei Drittel herabgedrückt hat, nicht übersehen dürfte. Zutreffend sei allerdings, daß bei der Eisenbahn ungefähr derselbe Reallohn wie in der Vorkriegszeit erreicht werde. Aber doch eben nur deswegen, weil die Eisenbahner zu den notorisch schlechtest bezahlten, weit unter Durchschnitt gelöhnten Arbeitskräften der deutschen Wirtschaft gehörten. Dagegen hätte um die Zeit, von der die Arbeitgeberdenkschrift spricht, der Werkstättenarbeiter bei der Eisenbahn 10 Prozent seiner Kaufkraft gegenüber der Vorkriegszeit eingebüßt, die Hauer im Bergbau hätten durchweg etwa 16 Prozent Kaufkraft weniger als vor dem Kriege und die höher bezahlten Arbeitskräfte wären noch weit darunter. Ebensowenig treffe es zu, daß das ausländische Lohnniveau nicht mehr wesentlich höher sei als das deutsche. Über den Dollar berechnet seien die Löhne, wenn man Deutschlands Löhne im Mai ds. Js. gleich 100 setzt, in den Vereinigten Staaten noch 350—400, in Großbritannien 160—210, Dänemark 140—185, Schweden 143 bis 193, Niederlande 120—158, niedriger seien sie nur in den Ländern der augenblicklichen Inflation, und selbst in Frankreich wenigstens teilweise höher. Unsere Löhne könnten daher an dem Grad unserer Konkurrenzfähigkeit und an der Passivität der Handelsbilanz nicht schuld sein.

Die **Passivität der Handelsbilanz** selber werde dem Ausmaß nach überschätzt, in ihrer Bedeutung als „Passivität der Wirtschaft". Gerade die Regierung Luther habe in allen Zungen nach **Auslandskrediten** gerufen. Auslandskredit sei aber nur ein anderes Wort für Hereinnahme ausländischer Waren und Rohstoffe ohne sofortige Bezahlung.

Wir haben vom Überschuß unserer Volksproduktion einerseits **zu viel in die Anlage** und **zu wenig in das Betriebskapital** gesteckt, zum andern überhaupt den wichtigsten Kapitalbildner, nämlich die breiten Massen, teils durch übermäßige Steuern, insbesondere Umsatz- und Lohnsteuern unnötig geschröpft und endlich durch **viel zu niedrigen Zins** die einstmals in ihren Sparguthaben Enteigneten von neuer Kapitalbildung abgeschreckt. Die Bildung von Betriebsmitteln im eigenen Lande sei ungleich viel wichtiger als aller Auslandskredit, außerdem hätten wir uns rechtzeitig auf die jetzt beginnende Reparationszahlung einstellen müssen, die nun nicht mehr aus der Dawes-Anleihe geleistet werden könne.

Dennoch sei die kommende Krise schwerlich von tiefgehender Bedeutung, denn die deutsche Wirtschaft sei, wie der schnelle Wiederaufbau beweise, in sich kerngesund, und die **Lage des Arbeitnehmertums** insbesondere werde sich in nicht zu ferner Zeit entscheidend bessern. Denn einmal sei trotz aller Zollmauern der große **technische Fortschritt**, den Amerika erreicht habe, auch bei uns nicht mehr aufzuhalten, der Produktionssteigerung und in weiterer Folge mehr Nachfrage nach Arbeitskraft bringe. Vom Jahre 1928 an werde sich aber auf dem Arbeitsmarkt der **Geburtenausfall** der Kriegs- und Nachkriegszeit wachsend geltend machen, das Angebot an Arbeitshänden also sinken, während die Nachfrage steigt. Viel wichtiger als der Streit über die verschiedenen Formen der Wirtschaftsdemokratie sei eine klare Erkenntnis über Wirtschaftsertrag im Volksganzen, im Gewerbe und im einzelnen Betriebe. Der wichtigste Schritt der Wirtschaftsdemokratie sei das entschiedene Eindringen in die kosten- und preismäßigen Zusammenhänge der Wirtschaft.

Der Umfang des geräumten Gebiets. Wie die Blätter von zuständiger Stelle erfahren, werden durch die Räumung des **Sanktionsgebietes** (Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort) am 25. d. Mts. 502 Quadratkilometer mit über 875 000 Einwohnern von fremder Besatzung befreit. Mit Einschluß des **Einbruchsgebietes** von 1923 (Ruhrgebiet) wird sich das befreite Gebiet auf 3 898 Quadratkilometer mit über **vier Millionen Einwohnern** stellen.

Die französische Antwortnote

Überreichung erst am Montag.

Wie Havas mitteilt, hat der französische Botschafter in Berlin den Auftrag erhalten, die französische Antwortnote der deutschen Regierung **am Montag** zu überreichen. Die Veröffentlichung der Note werde erst am Freitag stattfinden.

Englische Ansichten zur Sicherheitsfrage

Der Londoner Berichterstatter des WTB. erfährt von maßgebender **britischer Seite** zu der bevorstehenden Überreichung der französischen Note an die deutsche Regierung, in britischen Kreisen werde die Hoffnung gehegt, von deutscher Seite würde anerkannt werden, daß die französische Note sowohl in ihrem Geist als auch in ihrer Tragweite einen beträchtlichen **Fortschritt** darstellt. Der Zweck der Note sei, den schriftlichen Erörterungen zwischen den Alliierten einerseits und Deutschland andererseits über den „Vertrag zur gegenseitigen Sicherung" (wie fortan der amtliche britische Ausdruck für den Westpakt lautet) ein Ende zu bereiten und ein **baldiges Zusammenkommen der interessierten Mächte** zu einer **mündlichen Erörterung** über diese herbeizuführen.

Was die in der **deutschen Note** gemachten **Vorbehalte** anbelangt, so wird von britischer Seite bemerkt, man könne von den Alliierten **nicht erwarten, daß sie in bezug auf den Vertrag von Versailles einen Handel eingehen.** Ferner würde der **freiwillige Beitritt Deutschlands zum Völkerbund** zur Voraussetzung für das Inkrafttreten des Vertrages gemacht. Indessen sei es Sache des Völkerbundes und nicht Sache der Alliierten, die Bedingungen des Beitritts festzulegen. Deutschland soll bei den erhofften mündlichen Besprechungen seinen Standpunkt frei vertreten dürfen. Die Besprechungen, die baldmöglichst zwischen den Sachverständigen der interessierten Mächte stattfinden sollen, würden für Deutschland in keiner Weise bindend sein.

Nach englischer Auffassung **gebe** Großbritannien beim Zustandekommen des Vertrages den Gedanken seiner **Isolierung auf** und binde sich an die Geschicke Europas. Frankreich dagegen gebe einige seiner Ansprüche auf willkürliche Aktionen gegenüber Deutschland preis. Alle drei Länder machten also Zugeständnisse im Interesse des künftigen Friedens von Europa. Der Standpunkt der britischen Regierung war bei allen bisherigen Verhandlungen der, daß das Zugeständnis einer automatischen Aktion (in offenkundigen Fällen) nur gegeben werden kann gegen Aufgabe des Rechts auf willkürliche Aktionen seitens anderer Länder.

Die Deutschnationalen und die Politik Stresemanns

Die **„Nationalliberale Korrespondenz"** veröffentlicht aus der Feder des zweiten Vorsitzenden der volksparteilichen Reichstagsfraktion, des Abg. Dr. **Curtius**, einen Artikel über die **taktische Behandlung des Sicherheitsproblems**, der offensichtlich im Einvernehmen mit Dr. Stresemann geschrieben ist und sich sehr deutlich gegen die Krisenmacherei deutschnationaler Kreise wendet. Der Artikel schildert die Entwicklung der Sicherheitsfrage und der deutschen offiziellen Schritte und knüpft daran folgende Bemerkungen über die „zukünftige Taktik":

„In der allernächsten Zeit wird voraussichtlich die deutsche Antwortnote vom 20. Juli durch die Alliierten erwidert werden. Es ist zu hoffen, daß mit dieser Erwiderung eine **Grundlage für wirkliche Verhandlungen** gegeben wird. In welcher Form sich diese Verhandlungen abspielen werden, steht dahin. Man spricht von einer Zusammenkunft besonders beauftragter Unterhändler, einer Entrevue der Außenminister, von einer interalliierten Konferenz. Es wäre mehr als törricht, der Reichsregierung von außen irgendwelche Bindungen nach der einen oder anderen Richtung aufzuerlegen. Höchst **gefährlich** ist aber vor allem im gegenwärtigen Augenblick die **Aufrollung von Personalfragen**. Darüber darf kein Zweifel bestehen, daß ein auf die angedeutete Weise herbeigeführter **Wechsel in der Leitung der deutschen Außenpolitik** diese selbst gefährden, darüber hinaus einen Zusammenbruch der gegenwärtigen Regierungskoalition bedeuten würde. Diejenigen Kreise, die auf einen solchen Wechsel hinarbeiten, dürfen sich über diese Konsequenzen keiner Täuschung hingeben. Ebenso unmöglich wie ein Wechsel wäre eine **Kontrolle** des Außenministers, die gelegentlich angeregt wird. Der Außenminister hat sich selbstverständlich niemals eine besondere Kontrolle seiner verfassungsmäßigen Befugnisse gefallen lassen. Die Kreise, die solche Pläne im Schilde führen, müssen wissen, daß sie damit die mühsam errungene Festigkeit der Regierung erschüttern."

Dank des Reichspräsidenten. Dem Reichsfinanzminister und dem Reichsjustizminister sprach der Reichspräsident anläßlich der Verabschiedung des Gesetzes über die Abänderung des Zolltarifs sowie dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Kanitz und dem Reichswirtschaftsminister Neuhaus in persönlichem Schreiben Dank und Anerkennung des Reiches aus. Auch den beteiligten leitenden Beamten der betreffenden Reichsministerien gingen Dank- und Anerkennungsschreiben des Reichspräsidenten zu.

Verkauf der Deutschen Allgemeinen Zeitung. Die Deutsche Allgemeine Zeitung und die Norddeutsche Druckerei sowie die Verlagsanstalt A.-G. ging aus dem Besitz der Buch- und Zellstoffgewerbe Hugo Stinnes G. m. b. H. in die Hände einer Konsortiums über, das unter der Führung der Papierindustriellen **Walter Salinger** und Dr. August **Weber** die Zeitung in der **bisherigen Richtung** fortzuführen gedenkt. Der Kaufpreis beträgt drei Millionen Mark und ist in bar bezahlt worden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Kundgebungen der Parteien

Ein Aufruf des Zentrums.

Die **Zentrumspartei** veröffentlicht zu den Arbeiten des letzten Tagungsabschnittes des Reichstages eine längere Kundgebung. In derselben wird zunächst der Anteil des Zentrums an den sachlichen Arbeiten, wie Aufwertungsfrage, Steuergesetzgebung, Zollvorlage, Sozialgesetzgebung behandelt. Sodann nimmt der Aufruf Stellung zur Frage der **Regierungskoalition** und berührt hiebei auch das Verhältnis zu den Parteien des Volksblocks. Er sagt:

Getreu ihrem Charakter und ihrer grundsätzlichen Einstellung hat sich die Zentrumsfraktion in keinem Augenblick der sachlichen Mitarbeit entzogen. Da die Schaffung einer Regierungskoalition auf breitester Grundlage sich als unmöglich erwies, war sie gezwungen, die erforderlichen Gesetze mit einer sicheren arbeitsfähigen Mehrheit zu machen. Eine parlamentarische Demokratie darf die für Staat und Volk lebensnotwendigen Gesetze nicht der Regierung und dem Aushilfsmittel des Artikels 48 der Verfassung überlassen. Sie muß, will sie sich nicht selber preisgeben, zu selbstverantwortlichem Handeln bereit sein und sich dem Gebot sachlicher Arbeit fügen. Darum haben wir die Auffassung vertreten, daß das unabweisbar gesetzgeberisch Notwendige auch rasch zu geschehen habe. Wir bedauern, daß diese Notwendigkeiten von Parteien, mit denen wir jahrelang zusammen gearbeitet haben, nicht vollauf verstanden und gewürdigt worden sind. Hieraus haben sich bei der Erledigung des Zolltarifgesetzes tief bedauerliche Umstände ergeben, für die auch jene Parteien Verantwortung zu tragen haben.

Bezüglich der Außenpolitik des Reiches sagt die Kundgebung: „Nach wie vor und unbeeinflußt im Wechsel von Regierungsmehrheiten hält sich die Zentrumsfraktion des Reichstages in Übereinstimmung mit der Partei im Lande verantwortlich für eine **Außenpolitik**, die von einem ehrlichen **Verständigungswillen** getragen ist, gleichzeitig aber den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes gerecht wird. Die Zentrumsfraktion hat als getreuer Anwalt der besetzten Gebiete mit anerkanntem Erfolg dort die besondere Not erleichtert. Sie hat gleichzeitig dem bedrängten Osten Hilfe gebracht. Ruhr und Sanktionsgebiet wissen den Erfolg der Zentrumspolitik in diesen Tagen ihrer Befreiung wohl zu würdigen.

Der Aufruf schließt mit folgenden programmatischen Sätzen: In der inneren Politik bleibt unser Programm des Ausgleichs der vorhandenen Spannungen unversehrt. Dabei bedeutet für uns die Verfassung die Grundlage staatlicher Ordnung und die Gewähr eines stetigen und ruhigen Aufstieges. Allen Angriffen, die auf eine verhängnisvolle Erschütterung der Grundzüge der Verfassung abzielten, ist das Zentrum mit Ernst und Nachdruck begegnet. Die gedeihliche Weiterentwicklung unseres innerpolitischen Lebens wird allerdings nur voll erreicht werden, wenn alle staatsbejahenden Parteien sich als mitverantwortliche Träger fühlen können. In einer Reihe von kulturpolitischen Anträgen, aber auch in ihrer ganzen Grundeinstellung hat die Zentrumsfraktion zu erkennen gegeben, daß sie das Christentum als die Norm und als den fruchtbaren Quellgrund des öffentlichen Lebens betrachtet. Dieser Haltung wird auch in der nächsten Zeit bei bevorstehenden größeren kulturpolitischen und kirchenpolitischen Gesetzgebungswerken, zumal bei dem bereits dem Kabinett vorliegenden Reichsschulgesetz treu bleiben.

Ein Aufruf der Demokratischen Partei.

Die **Deutsch-Demokratische Partei** und die **Reichstagsfraktion der Partei** erlassen einen **Aufruf**, in dem es u. a. heißt:

Wir stehen am Ende einer langen und an Kämpfen überreichen parlamentarischen Tagung. Das erstemal ist die **demokratische Reichstagsfraktion in Opposition** gegenüber einer Regierung der deutschen Republik gestanden. Die Deutsch-Demokratische Reichstagsfraktion hat sich bewußt zu keinem Zeitpunkt an irgendeiner Form der Obstruktion beteiligt, die einen gefährlichen Schritt zum Niedergang des Parlamentarismus bedeutet hätte. Sie hat die Arbeitsfähigkeit des Parlaments gefördert und die Ausschreitungen des Kommunismus bekämpft, dabei aber mit Nachdruck die unerhörten Methoden der Mehrheit abgelehnt, die die sachlichen Anträge der Opposition ungeprüft beiseite schob. Die demokratische Fraktion ist in keinem Falle imstande gewesen, die Vereinbarungen der Regierungsparteien gutzuheißen.

Die jetzt verabschiedeten **Steuergesetze** belasten die deutsche Wirtschaft mit einer Jahresleistung von 10—11 Milliarden, erhöhen dann die Produktionskosten und die Kosten der Lebenshaltung und schwächen Deutschland im Kampf um die Weltmärkte, der für das deutsche Volk ein Existenzkampf schlechthin ist. Die **Zollgesetze**, deren Zweck die Förderung der Wettbewerbstätigkeit mit dem Auslande sein müßte, erschweren durch ihr geistloses Durcheinander von Kampf-, Verhandlungs- und Mindestzöllen die handelspolitischen Verhandlungen und bedrohen uns mit der Gefahr weiterer wirtschaftlicher Konflikte.

In der Stellungnahme zur **Außenpolitik** heißt es: Die Demokraten unterstützen die Regierung bei ihrem Streben nach **europäischer Verständigung**, aber sie stehen wachsam allen Plänen der Regierung gegenüber, wenn sie sich aus Furcht vor dem bei ihren Anhängern unpopulär gemachten Eintritt Deutschlands in den **Völkerbund**, in das Gestrüpp unübersehbarer Spezialanträge begibt.

Der Aufruf schließt: Der Abschluß der Kämpfe im Reichstag, die um die Daseinsgrundlage unseres Volkes geführt wurden, bedeute nur einen **kurzen Waffenstillstand**. Die Deutsch-Demokratische Partei wird den Kampf in gleicher Weise fortführen, immer wachsam gegenüber den Anschlägen aller Gegner der deutschen Republik.

Der Personalabbau im Bankgewerbe. Der Deutsche Bankbeamtenverein veranstaltete am Freitag in **Berlin** eine stark besuchte Kundgebung gegen den Personalabbau bei den Banken. Der Vorsitzende des Bezirkskomitees Berlin wies darauf hin, daß seit 1924 210 000 Bankbeamte abgebaut worden seien. Es wurde einstimmig eine **Entschließung** angenommen, in der die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und Reichsregierung auf die Tatsache hingelenkt wird, daß die Banken jetzt in vermehrtem Maße dazu übergegangen sind, Angestellte zu entlassen und zwar auch solche mit 15, 20, ja sogar 34jähriger Dienstzeit. In der Entschließung wird auch die Anpassung der Bankbeamtengehälter an die erhöhten Kosten der Lebenshaltung gefordert.

Die sozialistische Arbeiterinternationale. Das Exekutivkomitee der sozialistischen Arbeiterinternationale beschloß, wie aus **Marseille** gemeldet wird, für die kommende Session das Sekretariat der Schweiz zu übertragen. Adler erklärte sich bereit, den Posten des Sekretärs der Internationale weiter zu versehen.

Ende des Streiks in den englischen Anthrazitbergwerken. In einer Konferenz zwischen den Grubendelegierten und den Bergwerken wurde, nach einer Londoner Meldung, beschlossen, den Streik in den Anthrazitkohlenbergwerken von Wales zu beenden. Die Arbeit wird am 25. August wieder aufgenommen.

Politische Neuigkeiten

Die Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn

Die Verhandlungen der Deutschen Reichsbahngesellschaft mit Vertretern der Gewerkschaften über die Lohnforderungen wurden am Freitag in Berlin fortgesetzt. Die Vertreter der Reichsbahn erklärten, daß die Gesellschaft **nicht in der Lage sei, eine allgemeine Lohnerhöhung** zuzugestehen. Die Mittel für eine solche allgemeine Lohnerhöhung könnten nur durch Erhöhung der Tarife beschafft werden. Tariferhöhungen und allgemeine Lohnerhöhungen würden aber weiter verteuernd auf die Produktion wirken. Die Vertreter der Reichsbahngesellschaft schlugen vor, Lohnerhöhungen nur in den Gebieten zu vereinbaren, in denen die Löhne der Reichsbahnarbeiter in einem offensichtlichen Mißverhältnis zu den Löhnen der vergleichbaren Industriearbeiter stehen. Die Reichsbahn glaubt für diese Lohnerhöhungen etwa mehr als 20 Millionen Mark aufwenden zu können, ohne zu Erhöhungen der Tarife schreiten zu müssen. Die Gewerkschaften **lehnten jede weitere Verhandlung auf dieser Grundlage ab.**

Nachdem die Verhandlungen so gescheitert waren, beschlossen die Organisationsvertreter, am heutigen Samstag an den Reichsarbeitsminister das Ersuchen zu richten, er möge einen **Schlichter** mit der Erledigung der Lohnforderungen betrauen.

Die Ausnutzung der bayerischen Großkraftwerke

Bei den Besprechungen über die Finanzierung des **Rhein-Main-Donaukanals**, die zwischen dem Reichsverkehrsminister Dr. **Krohne** und dem bayerischen Ministerpräsidenten **Held** in München stattgefunden haben, ist, wie die „Frankf. Ztg." aus **München** berichtet, von bayerischer Seite erklärt worden, daß man den gegenwärtigen Zeitpunkt für eine **Auslandsanleihe** nicht für geeignet halte, da die Bedingungen voraussichtlich unannehmbar sein würden. Bayern erklärt sich zwar grundsätzlich zur Übernahme der erforderlichen Bürgschaft für eine solche Anleihe bereit, rechnet aber offenbar damit, daß sie augenblicklich nicht zustande kommt. Eine Rolle dürften bei den Besprechungen auch die Gegensätze gespielt haben, die zwischen den **staatlichen Großkraftwerken** (Walchenseewerk, Mittlere Isar, Bayernwerk) und der **Rhein-Main-Donau** A.-G. bestehen. Die südbayerischen Werke versorgen zurzeit auch Franken mit Elektrizität, und zwar zwei Drittel des von dem jetzigen Dampfgroßkraftwerk Franken geforderten Bedarfs. Als natürliche Stromlieferanten betrachtet das Frankenwerk jedoch die näher gelegenen künstlichen Kraftwerke des Rhein-Main-Donau-Kanals, vor allem das in Bau begriffene Kachletwerk bei Passau. Nach dessen Fertigstellung ist aber, da mit einer durchgreifenden Elektrifizierung der bayerischen Bahnen bis dahin nicht zu rechnen ist, ein **Überangebot an elektrischer Kraft** zu erwarten, für die Bayern Abnehmer braucht. Bereits heute liefern die südbayerischen Werke Strom nach außerhalb Bayern. Auch diese Fragen sind zwischen dem Reichsverkehrsminister und dem bayerischen Ministerpräsidenten besprochen worden.

Frankreich plant einen Rhein-Rhone-Kanal

Auf dem internationalen Navigationskongreß in **Grenoble** hat auch wieder der alte Plan der Rhein-Rhone-Verbindung viele Verfechter gefunden. Das Wachstum der großen Nordhäfen Hamburg, Bremen, Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen wird von Frankreich mit starker Eifersucht überwacht, da „die Überlegenheit der Verbindungen Deutschland in die Lage versetzt hat, einen beträchtlichen Teil des Seeverkehrs mit Beschlag zu belegen, der „normalerweise" (?) durch lateinische Häfen des Mittelländischen Meeres gehen würde; das Ergebnis sei, daß Deutschland heutigen Tages 75 v. H. der kontinentaleuropäischen Fracht beherrsche".

In Grenoble sind verschiedene Pläne in der Richtung besprochen worden, durch ein **Kanalsystem die Rhone mit dem Rhein zu verbinden**, das nach Fertigstellung eine durchgehende Verbindung von Marseille nach dem Rhein darstellen würde.

Die Offensive in Marokko

Havas meldet aus **Fez**, daß die allgemeine Lage an der Front für die Franzosen günstig ist. Im mittleren Frontabschnitt ist die Straße von Tissa nach Taunat, die während der letzten Wochen ohne Anwesenheit einer mobilen Truppe nicht gangbar war, jetzt vollkommen sicher. Im östlichen Frontabschnitt haben die Truppen die feindlichen Stellungen besetzt und sich in ihnen eingerichtet. Verschiedene feindliche Streifzüge, besonders gegen den früheren Posten am oberen Leben, sind zurückgewiesen worden.

Die Bombardierung der Festung und Insel **Alhucemas** durch die **Spanier** hat nach einer Meldung aus **Madrid** Freitag früh um 3 Uhr begonnen und bis 8 Uhr gedauert. Ein spanisches Kanonenboot hat die Verwundeten fortgeschafft.

Kurze Nachrichten

Die Amnestie in Württemberg. Auch die württembergische Regierung hat dem Landtag eine Vorlage zugehen lassen, die den Kreis der im Reichsamnestiegesetz von der Straffreiheit erfaßten Straftaten erweitert. Für solche Verfehlungen, die unter dem Druck der allgemeinen Not insbesondere während der Inflationszeit begangen sind, soll im Wege umfassender Einzelbegnadigungen Straffreiheit gewährt werden.

Die Bergbaukrise im Ruhrgebiet. Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes Westfalen sind im Juli im rheinisch-westfälischen Bergbau 18 000 Bergleute entlassen worden. Der Bestand der gesamten Belegschaft einschließlich der Zechen des linken Niederrheins mit 423 440 Ende Juli dieses Jahres hat somit den Stand der Vorkriegszeit vom 1. August 1914 (427 000) bereits um rund 4000 Mann unterschritten.

Abbruch der Verhandlungen im Baugewerbe. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im deutschen Baugewerbe haben, wie aus **Berlin** gemeldet wird, zu keinem Ergebnis geführt und wurden am Freitag in der elften Abendstunde **abgebrochen**. Der **Generalaussperrungsbeschluß** wird nunmehr am **28. August** verwirklicht.

Der Reisestrom der Amerikaner nach Deutschland. Das deutsche Generalkonsulat in New York hat nach Blättermeldungen im ersten Vierteljahr 1925 rund 4700, im zweiten Vierteljahr 16 000 und im Juli 4800 Visen für Reisen nach Deutschland ausgestellt.

Bevorstehende Wiederaufnahme der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Wie der Pariser „Soir" mitteilt, wird im Handelsministerium bestätigt, daß die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen am 15. September wieder beginnen, wie das im Juni vereinbart worden ist. Zunächst werde eine einfache Fühlungnahme stattfinden. Die eigentlichen Verhandlungen werden Anfang Oktober wieder aufgenommen.

Ausscheiden Dr. Edmund Stinnes aus dem Aufsichtsrat des Nordstern. Nach einer Mitteilung des Nordsternkonzerns ist Dr. **Edmund Stinnes**, nachdem er seine Inhaberaktien der von der Heydt Bank in Zandvoort (Holland) verkauft hatte, nunmehr aus dem Aufsichtsrat sämtlicher dem Nordstern angehörender Gesellschaften ausgetreten. Wie der „Börsen-Courier" erfährt, hat die Leitung der „Aga" die am Freitag fälligen Löhne pünktlich auszahlen können.

Die Unterdrückung des Deutschtums in Tirol. Nach einer Meldung aus **Bozen** soll das Verbot des deutschen Unterrichts an den Südtiroler Schulen, das bisher für die 1. und 2. Klasse galt, auch auf die 3. Klasse ausgedehnt und jeder deutsche Privatunterricht untersagt worden sein.

Hochverratsverfahren gegen einen Wiener Monarchistenführer. Die „Vossische Zeitung" meldet aus **Wien**: Gegen den Führer der österreichischen Monarchistischen Partei und ehemaligen Sektionschef Dr. **Schajer**, ist ein Strafverfahren wegen Hochverrats eingeleitet worden, nachdem bei der Durchsuchung seiner Wohnung sehr viel belastendes Material, insbesondere zahlreiche Korrespondenzen mit hervorragenden monarchistischen Führern in Ungarn, beschlagnahmt worden ist.

Badischer Teil

Ehrenzulagen

Vom Hauptversorgungsamt Karlsruhe wird uns mitgeteilt: In den letzten Tagen ist durch die Presse eine Nachricht über die Wiedergewährung von Ehrenzulagen gegangen, die zu Zweifeln und Irrtümern Anlaß gegeben hat. Es wird darauf hingewiesen, daß für die Wiederzahlbarmachung nur solche Ehrenzulagen in Betracht kommen, die bereits vor der Inflation gezahlt wurden und deren Zahlung durch die Personalabbau-Verordnung vom 21. Oktober 1923 eingestellt wurde. Für Eiserne Kreuze I. und II. Klasse, sowie für sämtliche Bad. Orden und Ehrenzeichen, die während des Krieges 1914/18 verliehen wurden, kommt eine Zahlung nicht in Betracht. Die Zahlung der erwähnten Ehrenzulagen ist Sache des Reiches und nicht der Länder. Anfragen an badische Behörden sind daher zwecklos. Sie sind in jedem Falle an das zuständige Versorgungsamt zu richten.

Ein Grabmal für Ebert

Die Reichsregierung hat nach einer Meldung des „Heidelb. Tageblattes" den Berliner Baukünstler **Peter Behrens** beauftragt, ein Ehrenmal für das Grab des ersten deutschen Reichspräsidenten auf dem Heidelberger Bergfriedhofe herzustellen. In Berücksichtigung des Wunsches von Frau Ebert, das in unmittelbarer Nähe der Grabstätte hoch aufragende rote Sandsteinkruzifix an seinem bisherigen Standort zu belassen, sieht der Behrensche Entwurf ein etwa 2 Meter breites und 1½ Meter hohes sarkophagartiges Grabmal vor, das nur die Aufschrift „Fritz Ebert" erhalten und sich entsprechend dem Charakter des Verstorbenen in einfachen schlichten Formen zeigen soll. Als einziger Schmuck sind an den vier Ecken des Sarkophages vier Wappenvögel geplant. Wie das genannte Blatt weiter berichtet, sollen die Leichen der im Kriege gefallenen beiden Söhne Eberts nach Heidelberg übergeführt werden und links und rechts vom Grabe des Vaters ihre endgültige Ruhestätte finden.

Das badische Kunstgewerbe auf der Frankfurter Messe

Das Badische Kunstgewerbe auf der Frankfurter Messe. Das **Badische Kunstgewerbe** wird auf der kommenden, vom 4. bis 7. Oktober stattfindenden Frankfurter Herbstmesse, der 13. Frankfurter Internationalen Messe, besonders zahlreich vertreten sein. Die Mitglieder des **Badischen Kunstgewerbe-Vereins zu Karlsruhe** und des **Kunstgewerbevereins Pforzheim** stellen nahezu vollzählig aus. Fast keine badische Kunstgewerbefirma von Bedeutung wird auf der Messe fehlen, die somit eine imposante Ausstellung des badischen Kunstgewerbes zeigen wird. Auch sonst ist die Beteiligung gerade auf diesem Gebiet eine besonders gute; Süddeutschland, namentlich Bayern beschickt die Messe sehr stark, außer anderen deutschen Gebieten sind Rußland, Italien, Österreich (vor allem Wien) gut vertreten, sodaß die Kunstgewerbeabteilung eine besonders gelungene Gruppe der Frankfurter Großmesse zu werden verspricht, die allen Interessenten Wertvolles bieten wird. Dr. J. K.

Die Deutschenausweisungen aus Polen

Der **Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen** Karlsruhe schreibt uns:

Der Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen Karlsruhe i. B., dessen natürliche Aufgabe die Aufrechterhaltung inniger Verbindung mit der angestammten Heimat und die Unterstützung der in den abgetretenen Ostgebieten lebenden Landsleute ist, hält es für seine Pflicht, gegen die willkürlichen Ausweisungen der deutschen Optanten durch Polen schärfste Verwahrung einzulegen. Um den bedauernswerten Opfern polnischer Barbarei ihr schweres Los zu erleichtern, fordert der Verein die Durchführung folgender Maßnahmen:

1. **Unterstützung der Ausgewiesenen** durch Bereitstellung genügender **staatlicher Mittel** zwecks Sicherung der Existenz und Beschaffung ausreichender Unterkunft.
2. Energische **Ausweisung der polnischen Optanten** und ausschließliche Überweisung der dadurch **freiwerdenden Wohnungen und Arbeitsstellen** an unsere betroffenen Brüder.
3. Durchführung einer **allgemeinen großzügigen Volkssammlung** zur Linderung dringendster Notstände.

Diese Forderungen wurden der Reichs- und Preußischen Staatsregierung schriftlich übermittelt. Die badische Staatsregierung hat für die durch eine Abordnung ihr vorgetragenen Wünsche großes Verständnis gezeigt und ihrerseits weitgehendstes Entgegenkommen im Rahmen ihrer Zuständigkeit zugesagt. Die angestrebte Fühlungnahme und Zusammenarbeit zwischen der badischen Regierung und dem Verein bei der Durchführung aller erforderlichen Maßnahmen ist durch die Aussprache erzielt worden.

Ende des Arbeitskampfes in der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie

DZ. **Pforzheim**, 21. Aug. Nachdem die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen worden ist, hat der **Arbeitgeberverband** in Vollmacht seiner sämtlichen Mitglieder die ausgesprochene **Kündigung zurückgenommen.**

Aus dem Freiburger Stadtrat. In der letzten Sitzung des Freiburger Stadtrats wurde bekannt gegeben, daß Kommerzienrat Georg Himmelsbach aus Anlaß seines 70. Geburtstages dem Oberbürgermeister 5000 RM. für soziale Zwecke überwiesen hat. — Der Abschluß des Gesellschaftsvertrags mit der Studiengesellschaft zwecks Vorbereitung der Erbauung einer Schauinslandbahn wurde genehmigt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gedenkfeier des Zeppelin-Luftschiffbaues

WTB. Friedrichshafen, 21. Aug.

Der Zeppelin-Konzern hatte für heute vormittag die zur **Feier des 25jährigen Bestehens der Zeppelin-Luftschiffahrt** erschienenen Gäste zu einer **Besichtigung seiner Werke,** zu einer Vorführung seiner neuesten Erzeugnisse, sowie zu einem Besuche des Zeppelin-Museums eingeladen. Nach der Besichtigung erfolgte eine Fuchsjagd von sieben Freiballons. Bei dem von der Stadt **Friedrichshafen** im Kurgartenhotel gegebenen Frühstück hielt Dr. **Eckener** eine bedeutungsvolle Rede über die Zukunft des Luftschiffbaues, in der er u. a. sagte:

Überblickt man im großem die Geschichte des Zeppelinschen Werkes, so sieht es fast so aus, als ob sie sich nach hartem Kampfe und Ringen heute in höchster Tragik vollenden würde. Es sieht aus, als ob sie nach ihrem Siege zum Erliegen kommen würde. Gerade die Güte und Leistungsfähigkeit des Zeppelinluftschiffes sind es, denen die Besorgnisse und die Maßnahmen einer **feindlichen Politik** gelten. Redner erinnert an die Lebhaftigkeit der Zeppelinschen Idee und betonte eindringlich, daß das erste Schiff des Grafen in allem Wesentlichen, die Konstruktion und Ausführung dem heute fliegenden Typ zum Vorbild dient. Dr. Eckener führte weiter aus: 1909 und 1910 begann dann der **Wettstreit mit dem Flugzeug.** Die Meinung eines großen Teiles der Welt war jetzt die, daß das Luftschiff seine Rolle ausgespielt habe, wo sie kaum begonnen hatte. Aber das Luftschiff hatte seine Leistungsfähigkeit in eben dem Maße gesteigert wie das Flugzeug. Es war zum Instrument geworden, das einen **Luftverkehr großen Stiles** über weiteste Entfernungen zu tragen geeignet war und es galt nun, den **Beweis hierfür der Welt** nach dem Kriege zu erbringen. Die Verfügungen der Entente verhinderten jedoch die Erbringung dieses Beweises. Nun kommt die Entente auf den Einfall, Starrluftschiffe von mehr als 30 000 Kubikmeter Inhalt als Kriegsfahrzeuge zu bezeichnen und damit den Bau von **Verkehrsgroßluftschiffen zu verbieten.** Mit dieser Entscheidung wurde nicht einmal dem formalen Recht, wie es sich angeblich aus dem Diktat von Versailles ergeben sollte, Rechnung getragen, denn dieses Diktat bestimmt nur, daß die bewaffnete Macht Deutschlands keine Luftschiffe besitzen darf, sagt aber nichts über den Privatbesitz von Luftschiffen. Der Redner protestierte dann gegen die Schuldlüge und erhob dagegen Einspruch, daß man den deutschen Luftschiffbau, der nur noch friedlichen Zwecken im Interesse menschlicher Kultur dienen könnte, als ein Kompensationsobjekt oder dergleichen sich ausersehe.

Dr. Eckener betonte weiter die **unvergleichliche Eignung des Starrluftschiffes als Verkehrsmittel für große Entfernungen,** sowie als Vermessungsschiff und fuhr dann fort: Eine sehr bedeutungsvolle Aufgabe falle dem Luftschiff als wissenschaftliches Forschungsinstrument zu. Nach dem Urteil der Sachverständigen ist das Polargebiet, das gegenwärtig im Vordergrund des Interesses steht, für die Aufschließung durch das Luftschiff sehr geeignet.

Dr. Eckener gab dann der Meinung Ausdruck, daß es nicht in der Absicht der Entente liegen könne, Deutschland, das **allein große Erfahrungen auf dem Gebiet des Starrluftschiffbaues** besitzt und das vor allen Dingen den Willen und den Ehrgeiz hat, die Kunst dieses Luftschiffbaues in nationaler Tradition zu vollenden, von all diesen Aufgaben auszuschließen, und daß man mit Rücksicht auf den allgemeinen Kulturfortschritt von einer gänzlich zwecklosen Drangsalierung des deutschen Luftschiffbaues abkommen wird. Deshalb erklärte Dr. Eckener — haben wir den Plan gefaßt, in Ausführung einer alten Idee des Grafen Zeppelin **eine wissenschaftliche Polarfahrt mit dem Luftschiff** zu unternehmen. Um unsere Pläne durchzuführen und damit das Werk des Grafen Zeppelin zu erhalten — so schloß Dr. Eckener, — ist eine **Unterstützung des Luftschiffbaues Zeppelin** notwendig. Das vorhandene Kapital ist aufgezehrt. Das Reich wie die Industrie- und Finanzwelt können bei der überaus schwierigen Wirtschaftslage keine Hilfe leisten. Es liegt in der Hand **des deutschen Volkes,** ob es ein Opfer bringen will, um sich sein nationales Werk, das internationalen Ruf besitzt, zu erhalten. Wir müssen daher an das deutsche Volk den **dringenden Notruf richten, das Werk Zeppelins nicht untergehen zu lassen.** Wir müssen entschlossen sein, wie unser Recht, so auch unseren Willen zur Betätigung auf wissenschaftlichem und technischen Gebiet zu betonen, alle wie ein Mann! —

Bei dem Frühstück hatte zunächst Stadtschultheiß **Schnitzler** die Gäste begrüßt.

Reichsverkehrsminister Dr. **Krohne** betonte in einer mit Beifall aufgenommenen Ansprache den **völkereinigenden Charakter der Fahrt des Zeppelin-Luftschiffes.** Es sei Pflicht aller Berufsstände des deutschen Volkes, einig zusammenzustehen für das Werk des Grafen Zeppelin. Der Minister überbrachte die Grüße und Glückwünsche der **Reichsregierung** und des **Reichspräsidenten** und schloß mit einem Hoch auf die deutsche Luftschiffahrt.

Der württembergische Staatspräsident **Bazille** sprach mit Stolz von dem großen Schwaben, dem Grafen Zeppelin, und seinem Werk. Das deutsche Volk könne sich der Aufgabe, das Werk Zeppelins zu erhalten, nicht entziehen. — Hierauf hielt Dr. Eckener den oben mitgeteilten- mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Reichstagspräsident **Loebe** sprach im Namen der Arbeitnehmer deren auch materielle opferbereite Sympathie für das Unternehmen aus. Den Dank des Zeppelin-Konzerns bekundete Kommerzienrat **Colsmann.**

Dr. **Eckener,** Dr. **Dürr** und Kommerzienrat **Colsmann** wurden zu Ehrenbürgern der Stadt Friedrichshafen ernannt.

*

Aufruf für einen Nordpolzeppelin.

Sonntag früh wird der **Aufruf an das ganze deutsche Volk** veröffentlicht werden, durch Spenden den **Bau eines Nordpolzeppelins** zu ermöglichen. Der Aufruf ist unterzeichnet von 70 deutschen Berufsständen und Wirtschaftsverbänden, allen Schichten und Schichtungen der Deutschen von ganz rechts bis ganz links, vom Bund der Landwirte bis zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften, deren Geldsammlung nun endgültig beschlossen ist.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe vom 22. August vormittags 8 Uhr: In Baden heiterte es gestern unter dem Einfluß eines schwachen nach Osten wandernden Hochdruckrückens gegen Mittag auf. Nur vereinzelt fiel Regen (Odenwald, Baar). Die Höchsttemperaturen lagen bei 25 Grad Karlsruhe und 12 Grad auf dem Hochschwarzwald. Die gestern südlich Island gelegene Cyklone wanderte bis heute früh bis über den Kanal. Sie verliert an Intensität, sodaß sie unser Wetter nicht so sehr beeinflussen wird. Doch muß morgen mit Gewitterregen gerechnet werden.

Vorhersage für Sonntag: Wechselnd bewölkt, strichweise Gewitterregen, mäßig warm, zeitweise böige südwestliche Winde. — **Vorhersage für Montag:** Langsame Besserung, doch noch einzelne Regenfälle, etwas kühler.

Förderung der Landeskultur

Wenn auch im allgemeinen die Förderung landwirtschaftlicher Meliorationen eine Aufgabe der Staaten ist, so werden doch die größeren Städte daran nicht teilnahmslos vorübergehen können. Durch den Friedensvertrag von Versailles hat das Deutsche Reich außer seinen Kolonien auch einen erheblichen Bruchteil seiner landwirtschaftlich nutzbaren Fläche, und noch dazu besonders fruchtbaren Bodens, verloren. Dadurch wird wieder bedingt, daß das Deutsche Reich, das schon vor dem Kriege seine Bevölkerung nicht aus seinen eigenen Bodenerzeugnissen ernähren konnte, heute in seiner Ernährung noch mehr von ausländischer Zufuhr abhängig ist. Deshalb muß alles getan werden, was diese sehr drückende Abhängigkeit vom Auslande, wenn auch nicht völlig ausschaltet, so doch vermindert. Eine Möglichkeit besteht dafür einmal in der Kultivierung von Ödland aller Art. Diese Aufgaben sind in der Theorie überall anerkannt, aber in der Praxis nur sehr unzureichend in Angriff genommen worden. Was vor allen Dingen fehlte, das war das zu umfassenden Meliorationsarbeiten erforderliche Kapital. Und hier werden unter günstigen Verhältnissen auch die Gemeinden helfend eingreifen können. Sie werden es besonders dort mit Nutzen tun, wo sie selbst durch die Förderung solcher Meliorationsarbeiten ihre unmittelbare Umgebung verbessern und dadurch die Belieferung ihres eigenen Marktes mit Lebensmitteln günstig beeinflussen können.

Aus solchen Erwägungen heraus hat sich **Berlin** entschlossen, mit der Förderung landwirtschaftlicher Meliorationen in seiner Umgebung durch Hergabe kurzfristiger Darlehen einen Anfang zu machen. Dieser Anfang ist allerdings zunächst bescheiden, da es sich um einen noch unsicheren Versuch handelt; deshalb soll die dafür zur Verfügung gestellte Summe vorerst auf 500 000 Mark begrenzt werden. Aber man darf für derartige Zwecke zur Verfügung gestellt werden mit dem Ziele, um die Gemeinde herum einen **Kulturgürtel** zu schaffwohl annehmen, daß im Falle des Gelingens weitere Mittel fen, der die Ernährung der Reichshauptstadt günstig beeinflussen würde. Man knüpft dabei nur an die Erfahrungen an, die man bisher schon auf den städtischen Rieselgütern und dem übrigen landwirtschaftlich genützten Besitz der Stadt gemacht hat. Auch die Verbesserung des Bodens durch die Abwässer der Stadt dient ja dem Zweck, die städtische Umgebung landwirtschaftlich leistungsfähiger zu machen. Aber dieser enge Kulturgürtel reicht natürlich für die Versorgung der Großstadt bei weitem nicht aus. Erst wenn dieser Gürtel erheblich erweitert wird, kann er für die bequeme und preiswerte Versorgung der Bevölkerung ins Gewicht fallen.

Die Umgebung Berlins besteht aus Sand, Wasser, Moor und Sumpf. Während die Wasserflächen erhalten und vielleicht sogar durch Aufstauen noch leistungsfähiger für die Schiffahrt und die Versorgung mit elektrischer Kraft gemacht werden müssen, ist es bei dem heutigen Stande der Kulturtechnik sehr wohl möglich, die früheren Öd- und Sumpfflächen der landwirtschaftlichen Kultur in viel höherem Maße, als es heute der Fall ist, nutzbar zu machen. So sind aus sauren Wiesen auf dem großen städtischen Besitz **Lanke** bereits entwässert worden mit dem Erfolge, daß hier das Vielfältige dessen, was früher hier wuchs, geerntet werden kann. Ein anderes Gebiet, das in Angriff genommen werden soll, ist das **Tegeler Fließ,** das bisher gleichfalls nur Binsen und saure Gräser trug. Geht man etwas weiter, so stößt man auf das **Rhinluch,** das früher so gut wie völlig unfruchtbar war, jetzt aber bereits in weitem Umfang melioriert ist und fette Weiden für Rinderherden bietet. Auch das **Havelländische Luch** ist schon in Angriff genommen worden. Aber überall stellt sich der Kapitalmangel einer großzügigen Kultivierung dieser Gebiete hindernd in den Weg. Man hofft nun durch Hergabe kurzfristiger Darlehen gegen niedrige Zinsen der kleinbäuerlichen Bevölkerung einen Anreiz zu geben, auch ihrerseits an die Bodenverbesserung, die ihr ja in erster Reihe nützen würde, zu gehen. Selbstverständlich ist damit der Kreis der verbesserungsfähigen Ödländereien nicht geschlossen. Man will vielmehr allen kulturfähigen Boden, der in erreichbarer Nähe der Großstädte liegt, kultivieren.

Die Hauptsache wird natürlich immer bleiben, daß die Besitzer des Ödlandes selbst die Verbesserung in die Hand nehmen; aber ohne das gute Beispiel leistungsfähiger Gemeinden und ohne die Hergabe von Krediten würde die Sache nur langsam vor sich gehen, wenn sie nicht überhaupt aus Mangel an Mitteln unterlassen wird. Und jedenfalls können die Gemeinden verfügbare Mittel kaum besser verwenden, als wenn sie damit zu einer Verbesserung der Boden- und Kulturverhältnisse in ihrer unmittelbaren Umgebung beitragen. Sie dienen damit sich selbst, indem sie die Ernährungsverhältnisse ihrer Bewohner verbessern, sie dienen aber auch der Gesamtheit, die mehr als bisher von der ausländischen Zufuhr unabhängig gemacht wird.

R. K.

Aus der Landeshauptstadt

Zum Flugtag in Karlsruhe sind alle Vorbereitungen getroffen — die Flugzeuge zum größten Teil bereits auf dem Flugplatz gelandet — die strengen Absperrmaßnahmen festgelegt — der Verkehr zum Flugplatz geregelt und auf Massenandrang eingerichtet. Die Prominenz der Flieger wird uns ihre Künste zeigen. Der Friedensvertrag hat zwar unserer emporstrebenden Fliegerei eiserne Fesseln auferlegt, — er konnte uns vorschreiben nur schwachmotorische Maschinen zu verwenden und zu bauen, aber er konnte unseren wakkeren Piloten nicht die Grenze des Fliegermutes vorschreiben. Schon der **B. Z. Preis** der Lüfte hat uns und dem gesamten Auslande gezeigt, was Flugzeugindustrie und unsere Piloten selbst unter dem fürchterlichen Zwang dieses Friedensvertrages leisten können. Die Künstler der Luft werden uns die schwierigsten Kunststücke zeigen, wie z. B. das Überschlagen des Flugzeuges in der Luft, Rückenfliegen, seitlichen Überschlagen der Maschine, Abstürzen aus über tausend Meter Höhe, wobei es der ganzen Geschicklichkeit, Geistesgegenwart und Energie des Piloten bedarf, um die Maschine im glatten Absturz wieder aufzufangen, damit sie nicht am Boden zerschellt. Die Piloten sind zum großen Teil mit Fallschirm ausgerüstet, die sie allerdings nur in Fällen dringendster Gefahr benutzen. Aber auch die Sicherheit des Fallschirms wird in mehreren Vorführungen gezeigt. Herr Fritz Huar wird mehrmals vom Flugzeug aus mit dem Fallschirm abspringen und auf dem Flugplatz landen. Für die besten Leistungen der Flieger sind zahlreiche wertvolle Ehrenpreise gestiftet worden. Mit dem Massenbesuch ist ohne Zweifel zu rechnen. Wer nicht an den Kassen anstehen will, hat Gelegenheit, die Vorverkaufsstellen zu benutzen, die überdies die Flugplatzkarten billiger abgeben als die Tageskassen. Die Veranstaltung findet auf jeden Fall und bei jedem Wetter statt. Erwähnen möchten wir besonders, daß diesmal der Flugplatz in weitem Umkreise gesperrt wird, so daß schlechtes Wetter für Zaungäste ist, die nirgends etwas sehen, vor allem nie an die Maschine herankommen können.

Die Karlsruher Herbsttage.

Das Programm für die Karlsruher Herbsttage ist nunmehr bis auf wenige Punkte festgelegt. Der Wunsch eines speziellen **„Badner Tag" zu veranstalten,** ließ sich wegen der Kürze der Zeit nicht mehr verwirklichen. Als **Heimatsonntag** steht definitiv der **13. September** fest. Voraus geht Samstags ein **Heimatabend** im großen Festhallesaal, wobei wahrscheinlich der Staatspräsident und Oberbürgermeister sprechen werden. **U. a. kommt ein Feierspiel des Karlsruher Schriftstellers und Dichters Nikolaus Bruck** zur Aufführung, das eine Verherrlichung der Scheffelschen Muse darstellt. Für den Festzug am Sonntag nachmittags 2 Uhr wird mit einer Beteiligung von etwa 50 Gruppen und Wagen gerechnet. Vor allem werden die Trachten ins Auge fallen, unter denen man erstmals solche aus dem Markgräfler Lande begrüßen wird. Aber auch der mittlere Schwarzwald, der Hochschwarzwald, das Frankenland und die Pfalz werden mehr oder minder zahlreich vertreten sein. Aus dem Saargebiet werden 500 Festteilnehmer erwartet. Auf schöne Gruppen darf man auch im dritten Teil des Festzuges, der das bodenständige Gewerbe umfaßt, zählen. Der Zug wird zwar den letztjährigen an Umfang nicht erreichen, ihn aber an künstlerischer Qualität zweifellos überragen. Die Karlsruher Bevölkerung setzt alles daran, um ihren Gästen einen freudigen Willkomm zu bereiten und den Aufenthalt in der Landeshauptstadt zu einer angenehmen Erinnerung zu machen.

Schweizer Kunstausstellung. Der Besuch der Schweizer Kunstausstellung ist fortdauernd ein erfreulich guter. Die Einführung sogenannter billiger Tage (Mittwoch und Samstag) zum ermäßigten Eintrittspreis von 50 Pfg. für Erwachsene und 30 Pfg. für Schüler (unter Führung von Lehrern) hat sich durchaus bewährt. Der erste dieser billigen Tage (19. Aug.) hat bereits einen Besuch von rund 500 Personen gebracht. Da die Ausstellung Ende d. M. schließt, wäre es dringend erwünscht, wenn von dieser günstigen Gelgenheit, die interessante Sammlung schweizer Gemälde zu sehen, recht ausgiebiger Gebrauch gemacht werden würde.

Wiener Operette im städt. Konzerthaus: Heute Samstag, 22. bis einschließlich Montag, 24. August, steht die Operettenneuheit **„Der süße Kavalier"** von Leo Fall auf dem Spielplan. Morgen, Sonntag nachmittag um 3 Uhr, **„Das Dreimäderlhaus"** zu ermäßigten Preisen. Die Abendvorstellung am Sonntag beginnt um 7 Uhr.

Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat September noch nicht erneuert haben, wollen dies **unverzüglich** tun, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Aus der Vorderpfalz. Die Ansicht, daß die Zitronen nur im Süden und vorzugsweise in Italien wachsen, blühen und gedeihen könne, ist irrig, denn in den letzten Jahrzehnten ist sie auch in der Vorderpfalz heimisch geworden. Man berichtet, daß sie im Jahre 1897 eingeführt wurde, und zwar scheint es eine japanische Zitronenart zu sein, die in Bezug auf ihre Pflanzstätte sehr anspruchslos ist und sich leicht aus Samen ziehen läßt. Wegen ihrer herrlichen Blüte, ihrer Widerstandsfähigkeit gegen Witterungseinflüsse und ihrer weithin leuchtenden und nutzbringenden Frucht verdient sie weiteste Verbreitung.

WTB. Iffezheim, 21. August. Die **internationale Rennwoche** zu Baden-Baden nahm heute ihren Anfang. Die Hauptprüfung des Tages, das mit dem Ehrenpreis und 40 000 M. ausgestattete Fürstenbergrennen gewann Oppenheims Weißdorn vor dem Hauptgestüt Altefelds Aditi und dem Stall Halmas Sysyphus.

WTB. Basel, 21. Aug. Im Zoologischen Garten in Basel fand die **37. Konferenz der Direktoren zoologischer Gärten** statt als Jahrestagung des Verbandes der großen Tiergärten, dem bisher nur deutsche Institute angehörten, dem aber nunmehr die zoologischen Gärten in Basel und Wien-Schönbrunn beigetreten sind. Auf der Tagung waren vertreten die Tiergärten von Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Köln, Düsseldorf, Hannover, Dresden, Leipzig, Königsberg, Nürnberg, Schönbrunn und Basel. An den Verhandlungen beteiligte sich auch der bekannte Zoologe und Forschungsreisende Dr. J. Bittighofer, der mehr als 25 Jahre den Rotterdamer Tiergarten leitete. Die Konferenz beschäftigte sich hauptsächlich mit den gemeinsamen Interessen der zoologischen Gärten. Die Tagung schloß mit einem Bankett und einer Besichtigung der Römerruinen von Augst.

Verschiedenes

Viermal so schnell wie ein D.-Zug

Das Junkers-Flugzeug „D. 257" legte unter Führung des Piloten Schroth die 120 km lange Flugstrecke Erfurt—Leipzig in der Rekordzeit von 32 Minuten zurück, was einer ungefähren Durchschnittsgeschwindigkeit von 235 km entspricht. Der D.-Zug von Erfurt bis Leipzig braucht 2¼ Stunden.

Börsen und Märkte

Wochenschau nach dem Stande vom 20. August

Börse: Man ist es allmählich gewöhnt, daß es an der Börse langsam aber stetig abwärts geht. Von Woche zu Woche macht die Abbröckelung der Kurse Fortschritte. In erster Linie ist der Effektenmarkt und hier wieder die Montanwerte am meisten betroffen. Der Gründe sind genügend vorhanden. Die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten mehren sich. Vor allen Dingen drückt jetzt die Unsicherheit über die Auswirkung der neuen Steuergesetze und Zollvorlage. Ein Herd der Beunruhigung bietet die Liquidation des Stinneskonzern. Es haben sich beim Stinneskonzern doch mehr Verbindlichkeiten herausgestellt, als man erwartet hatte. Von den 180 Millionen Gesamtverbindlichkeiten sind erst etwa 60 Millionen gedeckt. Ferner erschreckten die Börse weitere Gerüchte über Schwierigkeiten in anderen Industriekonzernen. Auch der Anleihemarkt war sehr flau.

Geldmarkt: Der Geldmarkt zeigte ziemliche Entspannung. Die Börsen-Geldsätze sind wieder niedriger und betrugen für Tagesgeld 8 bis 10, für Monatsgeld 10 bis 11 Prozent. Viel-

KARL LANG Kaiserstr. 167 I. Telephon 1073 (Salamander-Schuhhaus) **Günstige Bedingungen** ermöglichen den Kauf eines erstklass. Pianos oder Harmoniums

fach konnte das Angebot garnicht untergebracht werden. Diese leichte Börsen-Geldlage war mit beeinflußt durch die Flüssigkeit an dem internationalen Geldmarkte. Diese relativ niedrigen Börsengeldsätze verbessern die Lage unserer bedrückten Wirtschaft aber keineswegs, sondern verschleiern nur das Bild, da diese Sätze nur für wenige Großbanken und Großfirmen Bedeutung haben. Für die Landwirte, die Gewerbetreibenden und die Kleinindustrie ist es unmöglich, unter 15 bis 18 Prozent Geld aufzunehmen.

Produktenmarkt: Die Tendenz an den Produktenmärkten war rückläufig, da viel Ware angeboten war. In Betracht kommt noch, daß mit dieser Ernte Rußland, das bis dahin ein Getreide einführender Staat war, jetzt wieder wie vor dem Kriege zu den Getreide ausführenden Ländern gerechnet werden muß. In Deutschland haben wir mit einer ziemlich guten Mittelernte zu rechnen. — Am Berliner Produktenmarkt galt Weizen 246 (minus 9), Roggen 181 (minus 3), Wintergerste 195 (minus 1), Hafer 195 (plus 6) Mk. je Zentner, und Mehl 35 (plus ¼) Mk. pro Doppelzentner.

Warenmarkt: Nach Verabschiedung der Zollvorlage und des neuen Steuergesetzes hat die Reichsregierung versprochen, für eine einheitliche Senkung der Preise Sorge zu tragen, wovon aber bis jetzt nichts zu merken ist. Auf dem Lebensmittelmarkt sind die Preise recht beträchtlich gestiegen. Auch bei den andern Zweigen des Warenmarktes ist kein erheblicher Preisabbau festzustellen.

Viehmarkt: Die Fleischpreise sind erneut gestiegen.

Holzmarkt: Der Umsatz am Rundholz- und Rohholzmarkt war, wie immer in dieser Jahreszeit, unbedeutend.

Staatsanzeiger

Das Ordnungsstrafverfahren wegen verbotenen Börsenterminhandels.

Auf Grund des § 76 des Börsengesetzes in der Fassung vom 27. Mai 1908 (Reichsgesetzblatt Seite 215) und des § 2 der Verordnung vom 16. Februar 1910 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 96) in der Fassung vom 8. Juni 1923 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 132) ist zum Vorsitzenden der Kommissionen für das Ordnungsstrafverfahren wegen verbotenen Börsenterminhandels an den Börsen in Mannheim und Karlsruhe Ministerialrat Dr. Scheffelmeier im Ministerium des Innern ernannt worden.

Karlsruhe, den 15. August 1925

Der Minister des Innern
J. A.: Dr. A. Jung

Dem Prokurator P. Max in Bendorf wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 19. August 1925

Der Minister des Innern
J. A.: Dr. A. Jung

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:

Rottenmeister Max **Herrmann** in Pforzheim zum planmäßigen Polizeiwachtmeister.

Zuruhegesetzt:

Polizeiwachtmeister Friedrich **Kiefer** in Pforzheim.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Verliehen:

dem Privatdozenten an der Technischen Hochschule Karlsruhe Dr. Samson **Breuer** die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der technischen Hochschule.

Ministerium der Finanzen

In den endgültigen Ruhestand versetzt:

Der Vorstand des Vermessungsamtes in Offenburg, Obergeometer Friedriich **Hutzler.**

Gestorben:

Gartenintspektor Erich **Behnick** am Botanischen Garten der Universität Heidelberg.

Flugtag Karlsruhe i. B. — Flugplatz

Sonntag, den 23. August 1925. Beginn: 3 Uhr nachmittags

Fallschirmabsprünge — Kunstflüge

Ballonrammen — Luftkämpfe — Zielabwürfe — Passagierflüge

Eintrittskarten im Vorverkauf: Fliegerplatz M. 2.50, 1. Platz M. 1.50, 2. Platz M. 1.—, 3. Platz M. 0.50. **Eintrittskarten an der Kasse:** Fliegerplatz M. 3.—, 1. Platz M. 2.—, 2. Platz M. 1.—, 3. Platz M. 0.50. **Schülerkarten:** Fliegerplatz M. 1.—, 1.—3. Platz M. 0.50.

Vorverkaufsstellen: Reisebüro Karlsruhe A.-G., Kaiserstraße 158; Reisebüro Meyle, Kaiserstraße (am Marktplatz); Geschäftsstelle des Verkehrsvereins, Bahnhofsplatz 6; Schloßhotel (Tagesportier Windscheid); Reisebüro des Norddeutschen Lloyd, Kaiserstraße 183. — Für Wirtschaftsbetrieb auf dem ganzen Flugplatz ist gesorgt.

Die Veranstaltung findet bei jedem Wetter statt.

Wiener Operette im städtischen Konzerthaus

Morgen Sonntag 23. August, abends 7 Uhr,
Übermorgen Montag, 24. August abends 7¾ Uhr
die fantastisch-moderne Operette

Der süße Kavalier

von Leo Fall

Morgen Sonntag den 23. Aug. nachmittags 3 Uhr

Das Dreimäderlhaus

bei stark ermäßigten Preisen
Vereins-Ermäßigungen haben Gültigkeit.

Badischer Kunstverein E. V.

Waldstraße 3

Vom 16. August bis Mitte September

Sonder-Ausstellung
der
Arbeitsgemeinschaft
Pfälzer Kunst

Badischer Kunstverein Karlsruhe

Ferner ausgestellt Werke von
Prof. **G. Kampmann †, E. Bocke,** Karlsruhe, **K. Wagner,** Karlsruhe, **O. H. Beier,** München u. a.

Geöffnet: Werktags 10—1, 3—5 Uhr, Sonntags 11—1, 2—4 Uhr. Eintritt für Nichtmitgl. 50 Pfg.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

D.292

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Detektiv-Institut „Argus" u. Privat-Auskunfte
Mannheim O. 6. 6. Planken B. 47 Fernspr. 3505
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Dem Kraftfahrer und **Automobilisten**

das Nachschlagewerk,

dem Bürger auf dem Balkon oder am Fenster

eine Unterhaltung,

dem Fußgänger und der **Polizei** auf dem Land und in der Stadt

das Protokollbuch,

dem Händler ein vorzügliches

Werbemittel,

ist das Adreßbuch der Kraftfahrzeugbesitzer Badens,

denn sie alle können in ihm den Besitzer jedes Kraftrades oder Wagens und seine genaue Anschrift feststellen. Der Preis ist Mk. 6.—. Umfang über 500 Seiten.

Verlag G. Braun, Karlsruhe
Karlfriedrichstraße 14.

Bürgermeister-Stelle.

Die Stelle eines **Bürgermeisters** für die Gemeinde Immendingen mit ca. 1250 Einwohnern ist neu zu besetzen.

Reflektanten wollen ihre Bewerbungen mit Lebenslauf und Gehaltsansprüche bis **5. September 1925** hierher einreichen. E 636

Immendingen (Amt Engen), den 19. August 1925.

Der Gemeinderat.

Pflasterung der Rastatterstraße betr.

Für die Dauer der am Montag, den 24. August 1925 beginnenden Pflasterarbeiten in der Rastatterstraße zwischen Schlößle und Auerstraße in Rüppurr wird gemäß § 23 Kr.F.V.O. § 366 10 R.Str.G.B. folgende

Ortspolizeiliche Vorschrift

erlassen:

1. Die Ettlingerstraße wird zwischen Hauptbahnhof und Rüppurr (Auerstraße) für den Fuhrwerks- und Kraftfahrzeugverkehr gesperrt.
2. Der Scheibenhardter Weg wird von Rüppurr ab für Kraftwagen gesperrt.

Umleitungsstrecken sind demnach: Die Wolfartsweiererstraße, die Straße Bulach—Scheibenhardt für Kraftfahrzeuge; für Fuhrwerke und Motorfahrer auch der Scheibenhardter Weg. B 590

Karlsruhe, den 20. August 1925.

Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion C. O.Z. 125

Zur Bohnenpflücke

werden noch **Frauen** und **Mädchen** (nicht unter 16 Jahren) eingestellt. Für entfernt liegende Orte wird Wochenkarte vergütet. E. 643

Versuchsfeld Weber, Muggensturm.

Bürgerl. Rechtspflege

Konkurseröffnung.

B.578. **Weinheim.** Über das Vermögen des **Georg Otto,** Stricker in Birkenau i. O., Geschäftssitz: Weinheim i. B. wird heute am 20. August 1925, vormittags 9 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner wegen Zahlungsunfähigkeit den Antrag gestellt hat.

Rechtsanwalt Dr. Heckmann in Weinheim wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 15. September 1925 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Dienstag, 22. September 1925, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 12. September 1925 Anzeige zu machen.

Weinheim, 20. Aug. 1925.

Badisches Amtsgericht.

Junge Leute

erlern. Autofahren kostenl. d. Stell. als Autobegleiter i. all. Provinz. b. Gehalt, Verpfleg. Später Führerschein. Viele Dankschr. Inform. u. Rat d. Auto- u. Chauffeur-Nachr., Organ d. Reichswirtschaftsbundes d. Kraftfahrzeugbesitzer e.G.m.b.H. Freiprosp. geg. Rückp. vers. Chauffeur-Nachrichten, Berlin NW. 6. E.619

Bekanntmachung.

Gemäß § 39 des Aufwertungsgesetzes vom 16. Juli 1925 fordern wir die Inhaber von Schuldverschreibungen unserer Gesellschaft, welche die Vorrechte des Altbesitzes geltend machen, hiermit auf, ihre Schuldverschreibungen unter Beifügung der erforderlichen Beweismittel, zur Vermeidung des Verlustes des Genußrechtes, bis **spätestens 30. September 1925** beiuns oder der Rheinischen Creditbank Filiale Karlsruhe anzumelden. E.640

Ettlingen, 21. Aug. 1925.

Bierbrauerei-Gesellschaft am Huttenkreuz A.-G.

Bekanntmachung.

Die Stelle eines **Schutzmanns** bei der Stadtgemeinde Triberg ist alsbald neu zu besetzen. In Betracht kommen nur solche Bewerber, die die staatliche Polizeischule mit Erfolg besucht oder die vom Ministerium des Inner festgesetzte Mindestdienstzeit in der staatlichen Ordnungspolizei oder bei der Gendarmerie zurückgelegt haben. Besoldung nach den Sätzen der Reichsbesoldungsordn. Ortsklasse A. E.639

Gesunde und kräftige Bewerber, die den bezeichneten Anforderungen entsprechen, wollen ihre Gesuche mit Zeugnissen und selbstgeschriebenem Lebenslauf bis **längstens 28. August** einreichen beim

Bürgermeisteramt Triberg.

Öffentliche Vergebung

Für einen Fernheizkanal in der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz sollen nach Finanzministerialverordnung vom 9. Jan. 1907 öffentlich vergeben werden: Erdarbeiten ca. 3000 cbm, Betonarbeiten ca. 650 cbm, Eisenbetondecke 700 qm, Zementglattstrich ca. 3000 qm. Zeichnungen, Bedingungen und Angebotsvordrucke liegen vom 24. bis 29. August auf dem Bezirks-Bauamt Konstanz, Schillerstraße 9, auf. Angebote sind verschlossen, postfrei und mit genauer Aufschrift versehen, bis **31. August 1925, vormittags 9 Uhr,** an das Bezirks-Bauamt Konstanz einzureichen. B.548

Nutzholzverkauf.

Das **Bad. Forstamt Todtmoos** verkauft **freihändig** rund 1300 fm Nadellangholz aller Klassen. Angebote in Prozenten der bad. Goldmarkgrundpreise vom Dezember 1923 wollen bis längstens **Montag, den 31. August 1925, mittags 12 Uhr,** beim Forstamt eingereicht werden. Losverzeichnisse durch das Forstamt. B.592

Hochbauarbeiten für ein Dienstwohngebäude für 4 Familien in Wintersdorf öffentlich zu vergeben: a) Grab- und Maurerarbeiten, b) Steinhauerarbeiten (roter Sandstein), c) Steinhauerarbeiten (gelber Sandstein), d) **Zimmerarbeiten,** e) Trägerlieferung, f) **Blechnerarbeiten,** g) **Schmiedearbeiten,** h) **Dachdeckerarbeiten.** Pläne und Bedingnisheft auf unserem Hochbaubüro im II. Stock des neuen Aufnahmegebäudes Karlsruhe zur Einsicht, dort auch Abgabe der Angebotsvordrucke. Die Vordrucke kosten für a) = 1,50 M., für b, c, e, f, g u. h = 60 Pfg., für d = 95 Pfg. u. für f = 90 Pfg. Angebote verschlossen mit Aufschrift: „. . . . . arbeiten für das Dienstwohngebäude Wintersdorf", längstens bis **Dienstag, 1. September, vorm. 11 Uhr,** einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. B.510

Karlsruhe, 15. VIII. 1925.

Vorst. der Bahnbauinspekt. II

Druck G. Braun, Karlsruhe.